

Jetzt oder nie?

Über die Geschwindigkeit postkommunistischer Umgestaltung

Wie kann der Übergang zur Marktwirtschaft in Ost-Europa beschleunigt werden? Diese Frage scheint das heutige postkommunistische wirtschaftliche Denken zu beherrschen.¹ Man müßte fast sagen „unglücklicherweise“, denn das dringende Verlangen nach einem raschen Übergang – mag er in der Tagespolitik noch so berechtigt sein – kann leicht dazu führen, daß der „Umgestalter“² sowohl sein ursprüngliches Ziel, zur Entstehung einer liberalen Wirtschaftsordnung beizutragen, als auch die logischen Widersprüche, die diesem Ziel anhaften, aus den Augen verliert.

Es ist klar, daß der liberale Umgestalter in der Politik nicht umhin kann, eine schnellere institutionelle Änderung zu unterstützen, während er die „Bremse“ in den neuen Regierungen kritisiert. Diese Politiker neigen dazu, wirtschaftliche Freiheit durch staatliche Verordnungen, Privatisierung durch Wiederverstaatlichung und Dezentralisierung durch neuerliche Zentralisierung einzuführen. Angesichts dieser dialektischen Bedeutungsumkehr ist es für den liberalen Wirtschaftsfachmann nicht leicht festzustellen, ob das, was er sieht, nur eine vorübergehende Verzögerung oder eine schrittweise Umkehr des Entwicklungsprozesses ist. Wenn alles auf die Entstehung neuer autoritärer Strukturen hinweist, wird es schwer für ihn, nicht eine Beschleunigung des Überganges zu fordern.

Paradoxalement muß sich derselbe liberale Wirtschaftsfachmann auch von diesen seinen Kollegen distanzieren, die nicht Verlangsamung, sondern eine andere Art von Beschleunigung befürworten, nämlich die Zunahme der wirtschaftlichen Wachstumsrate statt des Umfanges der wirtschaftlichen Freiheit. Der Kern seiner Argumente ist wie folgt: Das Bestehen auf Wirtschaftswachstum würde sehr wahrscheinlich nicht nur zu Rezession führen (wie so viele Beispiele in der Vergangenheit gezeigt haben), sondern es würde der „sichtbaren Hand“ und den mächtigen Lobbies im Staat auch die gewünschte Gelegenheit geben, ihr Bündnis wiederherzustellen, das unter dem Zusammenbruch des Kommunismus gelitten hatte.

Unglücklicherweise veranlaßt die doppelte Gefahr einer Verzögerung der Liberalisierung und einer alten/neuen Expansionspolitik sogar den liberalsten Umgestalter, eine Änderung des Systems zu forcieren, in der Hoffnung,

daß sie die Macht der staatlichen Bürokratie und der neuen autoritären, populistischen Parteien einschränken könnte. Es würde freilich zu weit gehen zu behaupten, daß ein neues „uskorenie“ von liberal gesinnten Wirtschaftsfachleuten in diesem Teil Europas verfochten wird.

Wir wissen aus Erfahrung, wieviel Schaden die zwangsweise Beschleunigung von Wirtschaftsabläufen (die „Großen Wenden“ und „Sprünge nach vorne“) bei der Errichtung und Handhabung des alten Systems anrichtete. „Wachstumsdrang“, „straffe Planung“, „Verwaltungskampagne“ waren unverzichtbare Vokabel für jede ernstzunehmende Untersuchung über das Verhalten von Wirtschaftsakteuren in einer vom Staat beherrschten Wirtschaft. Das Wort „Beschleunigung“ war wieder in Verruf geraten – vor einigen Jahren durch Gorbatschow und vor kurzem Walesa. Durch die Verwendung dieses Ausdruckes flüchteten sich beide in die alte Taktik der Verschleierung des Unterschiedes von langfristiger Reform des Systems und kurzfristiger Säuberung von politischen Gegnern.

Doch jetzt, wenn wir – um Lenin zu zitieren – wirklich „zwei Schritte zurück“ zum Kapitalismus machen könnten, neigen viele Wirtschaftsfachleute von liberaler Überzeugung dazu, das mit einem radikalen Aktivismus zu tun, der den Beobachter an den interventionistischen Eifer der Befürworter des Marktsozialismus erinnert, ganz zu schweigen von den früheren Nicht-Marktsozialisten.

Ohne Zweifel gibt es eine Menge legitimer Argumente, die für ein gewisses „gesundes“ staatliches Eingreifen in das postkommunistische Wirtschaftssystem sprechen. Es wäre sinnlos, über eine Theorie des Überganges zu streiten, die auf einer gemäßigten, zeitlich begrenzten, toleranten usw. staatlichen Beteiligung beruht und die eine Liberalisierung unterstützt und schützt.³

Jede liberale Wirtschaftsumgestaltung, die der „ultima ratio“ einer spontanen Entwicklung überlassen wird, kann bereits am Beginn Schiffbruch erleiden, wenn sie unter extrem unliberalen Bedingungen begonnen wird. Daher sind so viele Wirtschaftsfachleute in Ost-Europa bestrebt, am Beginn des Überganges eine Änderung des Systems zu beschleunigen, um so schnell wie möglich an einen Punkt zu gelangen, der eine Umkehr ausschließt, einen Punkt, an dem sich der Liberalisierungsprozeß als irreversibel erweist und wo spontane Marktentwicklungen vorherrschen. Ähnlich den früheren Reformwirtschaftsfachleuten sehen sie es als einen Wettlauf auf Leben und Tod zwischen denen, die den (freien) Markt aufbauen und denen, die den Abbau des Staates verhindern wollen.

„Wir sind unter großem Zeitdruck“, „Man kann einen Abgrund nicht mit 2 Sprüngen überqueren“, „Eine Amputation sollte eher ganz als Stück für Stück durchgeführt werden“, „Wenn wir uns nicht beeilen, können wir im luftleeren Raum zwischen – nicht mehr Kommunismus – noch nicht Kapitalismus – hängen bleiben“ – solche journalistischen Gemeinplätze sind während der letzten drei Jahre in der Literatur des postkommunistischen Überganges wie

Pilze aus dem Boden geschossen. Zum Glück wird diese Eile gewöhnlich auf feinere Weise erklärt, und der Schrecken einer autoritären Regierung (Neokommunismus, Populismus, Balkanisierung usw.) wird nur als einer der einschlägigen Gründe angesehen.

Die Befürworter einer Schocktherapie verweisen z. B. oft auf die technische Interdependenz von Bewegungen hin zu einer Liberalisierung, auf die Notwendigkeit einer „tabula rasa“ und einer kritischen Masse von Initialmaßnahmen für die Umgestaltung, auf die Trägheit bei der Auflösung eines Systems nach Art der UdSSR, auf die Neutralisation von partiellen Änderungen usw.⁴ Trotzdem sind Rechtfertigungen auf die Art „die Zeit ist kurz“ für schnelle und konzentrierte Maßnahmen nicht auf allgemeine Tätigkeiten beschränkt. Überdies hört man diese Argumente nicht nur in Ungarn, Polen, Rumänien oder Russland – wo liberale Umgestalter die Verbindung von alten und neuen autoritären Zwängen am meisten fürchten –, sondern auch in der CSFR, wo die führenden Wirtschaftsfachleute die ursprünglich einflußreiche Rolle ihrer Regierung auf den Liberalisierungsprozeß durch zusätzliche politische Überlegungen rechtfertigten. Sie verteidigten ihr „Kupon“-Privatisierungsschema, die kollektivistischen Elemente mit eingeschlossen, indem sie seinen Beitrag zur raschen „Produktion“ einer neuen Unternehmertumsklasse betonten.⁵

Die „Schönheit“ der Langsamkeit

Vor 3 Jahren, als die tschechischen Umgestalter über eine „negative Reform“ diskutierten, die das alte System abbauen würde, ohne den Aufbau des neuen zu betreiben, verfolgte ich ihre Argumente mit großer Anteilnahme. Später, als sie ihre Regierung ermächtigten, die Umgestaltung vehement voranzutreiben und zugleich versprachen, sie würden sich bald danach von der routinemäßigen Durchführung der Umgestaltung zurückziehen, begann ich an ihrer angeblich neo-liberalen Haltung zu zweifeln. Ich fragte mich: Würden ungarische, polnische usw. Liberale auf den „Aufbau“ eines Marktes und die „Schaffung“ von Unternehmern drängen, wenn sie die nächste Regierung in ihren Ländern bildeten? Würden sie von einer Jetzt-oder-nie-Panik ergriffen werden, oder würden sie sich zufrieden und entspannt zurücklehnen, nachdem sie die grundlegenden Schritte auf eine negative Reform hin getan hatten – eine Reform, die zur Folge hätte, daß Märkte und Unternehmer sich schon von sich aus bilden könnten, ohne Hilfe der Regierung?

Um in Zukunft diese Entspannung und Zurückhaltung zu erleichtern, würde ich gerne kurz folgende Überlegungen anstellen, die sich mit den Risiken einer beschleunigten Systemänderung befassen:

- Lassen Sie mich zuerst auf die herkömmlichen „österreichischen“ Argumente Bezug nehmen, Argumente über den Markt als einen „Entdeckungsprozeß“, Unternehmertum als „schöpferische Zerstörung“, die Bedeutung

von „spontanem menschlichen Handeln“, die Rolle der Unsicherheit und der Gefahr von „sozialer Steuerung“. Man braucht kein blind ergebener Schüler Haycks und Schumpeters oder ihrer neo-österreichischen Anhänger zu sein, um nicht zumindest teilweise ihrer Theorie über den evolutionären organischen Charakter und die natürliche Langsamkeit von Marktgumgestaltungen zuzustimmen.⁶ Ähnlich ist es, wenn wir zumindest einen Teil der historischen Beobachtungen von Weber, Polányi oder Hirschman anerkennen, Beobachtungen über die Langzeitansammlung von rechtlichen, anthropologischen und ethischen Vorbedingungen für modernes Marktverhalten und die Kurzzeitanfälligkeit von Marktinstitutionen, werden wir die Zeit nicht in der vierjährigen Amts dauer einer Regierung messen können, sondern sogar in Jahrhunderten. Wir werden auch zweimal nachdenken, bevor wir eine großangelegte Kampagne zur Errichtung von Märkten oder einen Vorstoß in Richtung Privatisierung auf Grund „großartiger Entwürfe“ starten.

● Eine Liberalisierung zu erzwingen ist nicht nur sinnlos, sondern es mag sogar kontraproduktiv sein; es kann zu „leeren“ Einrichtungen führen, die nur säkuläre Entwicklungen in der Wirtschaftsgeschichte simulieren.

Markteinrichtungen können sich als leer erweisen, nicht nur weil sie entweder nicht koordiniert entworfen wurden oder weil ihnen die Feinabstimmung fehlt, sondern auch auf Grund der bloßen Tatsache, daß sie geschaffen wurden. In anderen Worten, dadurch, daß sie von oben und im voraus eingeführt wurden, kann es ihnen an menschlichem Input von unten (Interessen, Routine, moralische Werte usw.) fehlen. Unternehmer, die keine Risiken eingehen; geschäftliche Vereinbarungen, an die man sich nicht hält; brachliegende Unternehmen, die der Steuerhinterziehung dienen; Börsen, an denen keine Geschäfte gemacht werden – man kann zahlreiche Beispiele aus Osteuropas jüngster Vergangenheit zitieren, um zu zeigen, wie die schnelle Einführung des Kapitalismus ihn ebenso schnell in Verruf bringen kann.

Institutioneller Wandel, wie jede Investition, muß von der Wirtschaft und der Gesellschaft in sich aufgenommen werden, oder sie wird als Fremdkörper abgelehnt. Es steht nicht nur die öffentliche Enttäuschung über die liberale Umgestaltung auf dem Spiel, sondern die schnelle Liberalisierung kann auch Einrichtungen schaffen, die selbst weitere liberale Änderungen behindern werden. (Das kann leicht auf die neuen Durchführungsgremien zutreffen, die die Entwicklung der Marktwirtschaft, die Privatisierung usw. in Ost-Europa überwachten.)

● Voraussetzung für die Beschleunigung des postkommunistischen Überganges ist ein gut durchdachter Plan der Liberalisierung, der folgendes beinhaltet: eine genau festgelegte Abfolge der Umgestaltung, eine angemessene Koordination der zugleich durchzuführenden Aufgaben (Schockbehandlung), und vor allem im „Tachometer“, der die Geschwindigkeit des Systemwandels mißt. Wer sollte entscheiden, wann die Wirtschaft den Gang wechseln sollte? Welches Land sollte als Vergleichsbasis dienen? Deutschland,

Chile oder Südkorea?

Ich würde gerne kurz auf die logischen Dilemmas/Widersprüche der Liberalisierung verweisen.⁷ Das allgemeine Dilemma von Demokratisierung einerseits und Liberalisierung andererseits ist in Ost-Europa heute leider nur allzu gut bekannt. Ein anderes Dilemma, das des staatlichen Eingreifens (wenn der Staat eingreift, gefährdet er die neue, liberale Ordnung; wenn er nicht eingreift, kann er die alte Ordnung nicht zerschlagen) ist schon erwähnt worden. Über das Dilemma des gleichzeitigen oder schrittweisen Wandels muß jedoch noch weiter diskutiert werden. Die meisten Gutachten über die kürzlich in unserer Region durchgeführten Schockbehandlungsversuche betonen ausschließlich das alte Problem von schrittweiser oder umfassender/sofortiger Reform. Wenn man sich unter diesen Umständen für eine schrittweise Modifikation entscheidet, werden die nicht reformierten Teile des Systems die Anstrengungen aufheben; wenn man eine globale Änderung anstrebt, kann a) man sie technisch nicht verwirklichen und läuft man b) gegen eine Mauer politischen Widerstandes.

Diese Dilemmas wären mehr als ausreichend, um Umgestalter davon abzuhalten, eine Beschleunigung zu befürworten. Dennoch birgt der gleichzeitige Wandel noch ein anderes Paradoxon, das ich Paradoxon der wechselweisen Abhängigkeit nennen würde. Dieses beruht auf der Tatsache, daß die parallel geschalteten Aufgaben des wirtschaftlichen Überganges (Privatisierung, Einrichtung von Märkten, Stabilisierung, Neustrukturierung usw.) einander kurzfristig nicht nur voraussetzen und fördern, sondern auch ausschließen und entgegenwirken. Ich möchte das Beispiel anführen, das wahrscheinlich die liberalen Wirtschaftsfachleute in Ost-Europa kürzlich in größte Verlegenheit gebracht hat: Marktreformen (z.B. Preisfreigabe) haben – gelinde gesagt – nicht immer die Privatisierung unterstützt; gleichzeitig hat Privatbesitz manchmal zum Fortbestehen von verzerrten Märkten beigetragen.

Man kann deshalb nicht davon überzeugt sein, ob nicht das Beschleunigen eines Umgestaltungsvorganges einen anderen verlangsamt. Wenn wir daran denken, daß die entgegenwirkenden Kräfte auf anderen Gebieten (z. B. bei der Entwicklung der Marktwirtschaft und Stabilisierung) gewöhnlich stärker sind, und daß die Aufgaben einander auf jede nur mögliche Weise beeinflussen, so muß ein Fachwissenschaftler schon sehr mutig sein, um auf eine schnellere Systemänderung zu drängen. Er muß bereit sein auszuwählen, welche spezifischen Umgestaltungsmaßnahmen beschleunigt werden sollten und seine Kollegen dahingegend beruhigen, daß eine solche Beschleunigung auch noch etwas für die Zukunft lassen wird, was beschleunigt werden muß.

P.S.: Ich bin mir bewußt, daß es bei liberal gesinnten Politikern oder ihren Wirtschaftsberatern keinen besonderen Anklang finden kann, wenn man „begrenzte Liberalisierung“ im zerfallenden Kommunismus durch „selbstbegrenzende Liberalisierung“ im langsam sich entwickelnden Kapitalismus

ersetzt. Als ungarischer Staatsbürger tun sie mir leid. Als Analysant ihrer Umgestaltungspläne jedoch bin ich gespannt, ob die neuen osteuropäischen Liberalen ihre wissenschaftlichen und politischen Vorhaben in Einklang bringen werden können.

1 vgl. bspw. Kazimierz Laski, Transition from command to market economy in Central and Eastern Europe, manuscript 1991; Richard Portes (ed), The path of reform in Central and Eastern Europe, European Economy, 1991/2; Peter Wiles, Die kapitalistische Siegessicherheit in Osteuropa, Europäische Rundschau 1991/3.

2 Für einen Definitionsversuch vgl. J. M. Kovács, From reformation to transformation (Limits to liberalism in Hungarian economic thought), Eastern European Politics and Societies, Vol.5, No.1 Winter 1991.

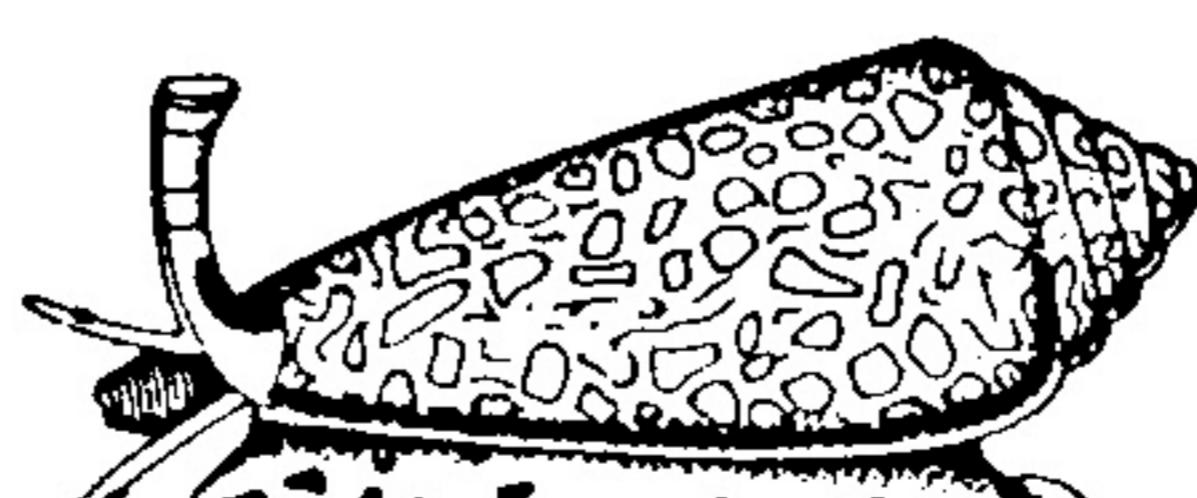
3. J. M. Kovács, Engineers of the transition (Interventionist temptations in Eastern European economic thought), *Acta Oeconomica* 1992/1-2.

4. János Kornai, The road to a free economy, New York 1990; D. Lipton & J. Sachs, Privatization in Eastern Europe. The case of Poland, *Brookings Papers on Economic Activity* 1990/2.

5. Václav Klaus & Tomás Jezek, Social criticism, false liberalism and recent changes in Czechoslovakia, *Eastern European Politics and Societies*, Vol.5, No. 1 Winter 1991; V. Klaus, A road to market economy, Prague 1991.

6. János Kornai is one of the few economists in Eastern Europe, who has most recently stressed the need for an evolutionary approach to privatisation. At the same time, however, he has not ceased to recommend quick stabilisation and marketisation policies. (Cf. János Kornai, op. cit.; *A privatizáció elvei Kelet-Európában / The principles of privatisation in Eastern Europe / Közgazdasági Szemle* 1991/11.)

7. For more details, see J. M. Kovács, Übergang: Das große Experiment, *Transit* 1990/1.



Conus
Conidae